

„Unhaltbare Zustände“ im Petitionsausschuss gewürdigt

Asylbewerberheim im Landtag / „Behörden müssen nun reagieren“

REGENSBURG (mz/jn). Mit einem so genannten Würdigungsbeschluss erhielt am Mittwoch im Landtag ein Regensburger Recht. Er hatte den Zustand des Asylbewerberheimes in der Alten Straubinger Straße kritisiert.

Berichterstatte-rinnen im Ausschuss waren die Abgeordneten Maria Scharfenberg (Bündnis90/Grüne und Sylvia Stierstorfer (CSU). Im November hatten sich die beiden Berichterstatterinnen selbst vor Ort ein Bild über die Zustände in dem Heim im Regensburger Stadtosten gemacht. In der Sitzung des Petitionsausschusses schilderten die Abgeordneten ihre bei dem Ortstermin gewonnen Eindrücke. Dabei verwies Maria Scharfenberg darauf, dass die Staatsregierung den Ausschuss nicht korrekt informiert hatte, in dem in einer Stellungnahme behauptet worden sei, die in der Eingabe vorgebrachten Missstände entsprächen nicht den Tatsachen. Falsch



Die Unterkunft in der Straubinger Straße. Foto: MZ-Archiv/Kober

sei auch der Vortrag gewesen, dass die Fotos, die verschimmelte Duschräume gezeigt hätten, schon vor fünf Jahren gemacht worden seien. Es konnte nach Angaben Scharfenbergs aber glaubhaft gemacht werden, dass die Bilder den Zustand vom Februar dieses Jahres zeigen. Weiterhin machte Maria Scharfenberg darauf aufmerk-

sam, dass der Zustand in dem Heim offensichtlich so miserabel gewesen sei, dass einige Räumlichkeiten vor dem Ortstermin noch schnell gestrichen worden seien: „So sollten wir Abgeordnete wohl einen guten Eindruck erhalten.“ Trotzdem sei erkennbar gewesen, dass die Unterkunft mehr als abgewohnt war.

Angesichts der „unhaltbaren Zustände“ wurden die Behörden von Ausschuss aufgefordert, sofort zu reagieren“, so Scharfenberg gestern auf Anfrage der MZ. Die Grünen-Politikerin, die vor Ort noch einmal deutlich gemacht hatte, dass aus ihrer Sicht die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in solchen Sammellagern generell unzumutbar sei und mit dazu beiträgt, die Betroffenen in staatliche Abhängigkeit zu drängen, will weiter am Ball bleiben, damit die Einrichtung – wie staatlicherseits zugesagt – so bald als möglich geschlossen wird und die Bewohnerinnen und Bewohner in bessere Unterkünfte umziehen können.